



Resolution

Konferenz der Migrantenselbstorganisationen aus MV in Ribnitz-Damgarten am 05.05.2012

Verbot der NPD jetzt – nicht nachgeben!

Nach der Enthüllung der Terroraktivitäten der Neonaziorganisation NSU in Deutschland haben sich die politischen und juristischen Bedingungen für ein Verbot der NPD verbessert. Politische Parteien, Institutionen und Persönlichkeiten, die früher dagegen waren, sind jetzt auch dafür. Der Untersuchungsausschuss im Bundestag muss die Verbindung zwischen NPD und NSU aufklären. Diese Verbindung ist nur ein Baustein von vielen für das Verbot dieser verfassungswidrigen Partei.

Die Abschaltung der V-Leute in der Landes-NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

MIGRANET-MV hat die Gründung eines Untersuchungsausschusses zum Nazi Terror im Landtag, den die meisten Parteien in Schwerin nicht für notwendig halten, gefordert. Trotzdem bleibt die Forderung von MIGRANET-MV auf eine sorgfältige und vollkommene Aufklärung der systematischen Terrorakte gegenüber Migrantinnen und Migranten in Deutschland offen. Wenn wir, alle demokratische Kräfte, es in der jetzigen Situation nicht schaffen diese verfassungswidrige Partei zu verbieten, wird es später schwieriger. Deswegen fordert die Konferenz der MSO alle demokratischen Kräften dazu auf, nicht in ihre Bemühungen zur Aufklärung des Naziterrors und des Verbots der NPD nachzugeben.